

B e s c h l u s s

aus der 20. Sitzung des Rates der Kreisstadt Euskirchen

am Donnerstag, 15.03.2018,

im Ratssaal der Stadtverwaltung Euskirchen, Kölner Str. 75.

Tagesordnungspunkt:

7.2 Haushaltsanträge der Fraktionen von SPD und FDP

80/2018

Die FDP-Fraktion beantragt, die **Reinigung der Geschäftsstraßen im Innenstadtbereich** so zu organisieren, dass diese auch an Sonn- und Feiertagen gesäubert sind.

StV van Bahlen begründet den Antrag.

BM Dr. Friedl erklärt, dass sich die Verwaltung ebenfalls für eine saubere Innenstadt ausspreche. Die zusätzlichen Kosten auf die Gebührenzahler umzulegen, sei jedoch nicht akzeptabel.

StK Schmitz erinnert daran, dass im Ausschuss für Tiefbau und Verkehr bereits ausführlich über den Antrag diskutiert worden sei. Der von der FDP-Fraktion genannte Vorschlag, dass die Reinigung vor Sonn- und Feiertagen von vormittags auf nachmittags gelegt werden könne, könnte probeweise durchgeführt werden, allerdings nur, wenn dies keine Auswirkungen auf die Gebührenhaushalte habe.

StV Voussem merkt an, dass alle das Ziel haben, die Stadt sauberer zu halten. Er schlägt vor, die Diskussion erneut im nächsten Ausschuss für Tiefbau und Verkehr zu führen. Er bittet die Verwaltung um die Erstellung einer Vorlage mit einer klaren Auskunft, welche Auswirkung auf den Haushalt der Antrag der FDP-Fraktion habe, da dieser nicht gebührenrelevant sein sollte.

Nach weiterer Diskussion entscheidet BM Dr. Friedl, dass die Straßenreinigung zunächst wie im Ausschuss für Tiefbau und Verkehr vorgeschlagen durchgeführt und eine weitere Beratung im nächsten Ausschuss erfolgen werde.

Die SPD-Fraktion beantragt, **bei der Aufstellung von Bebauungsplänen 20% der Flächen bzw. 20% der Wohneinheiten für öffentlich geförderten Wohnungsbau** vorzuhalten.

Der Antrag wurde zurückgezogen.

Die SPD-Fraktion beantragt, dass die Stadt **im Bereich der Schulsanierung eine Sonderumlage an ZIM für besonders dringende Maßnahmen** in Höhe von 125.000 € zahlt.

Beschluss: Eine Sonderumlage der Stadt an ZIM für besonders dringende Sanierungsmaßnahmen an Schulen wird nicht gezahlt.

Beratungsergebnis: 38 Stimmen dafür, 6 dagegen, 2 Enthaltungen

Die SPD-Fraktion beantragt **die Aufhebung der seit 2010 reduzierten Mieten an ZIM.**

StV Schmidt merkt an, dass im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften der Antrag abgelehnt worden sei, allerdings sei die Verwaltung aufgefordert worden, ein Konzept zur Verringerung des Investitionsstaus vorzulegen.

StV van Bahlen ergänzt, dass geprüft werden müsse, ob die damals aus der Not heraus entstandene Kürzung auch heute noch sachgerecht sei. In diesem Haushaltsjahr gebe es nicht ausreichend Personal, um die notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen durchzuführen. Er schlägt daher vor, dies für den Wirtschafts- und Haushaltsplan 2019 zu berücksichtigen.

Beschluss: Die Kürzung der Mieten wird nicht zurückgenommen.

Beratungsergebnis: 29 Stimmen dafür, 17 dagegen, 0 Enthaltungen

Die SPD-Fraktion beantragt, den **Ansatz für die Instandhaltung städtischer Straßen auf 300.000 € anzuheben.**

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

Die SPD-Fraktion beantragt die **Ausweitung der Öffnungszeiten in zwei städtischen Kindertageseinrichtungen** (je 1 Gruppe) um vier Stunden täglich bis 20.00 Uhr.

Auf eine Abstimmung wird verzichtet.

Die SPD-Fraktion beantragt die **Ausweitung des Projektes MoSES** durch eine gemeinsame Förderung mit dem Kreis Euskirchen und/oder dem Jobcenter Euskirchen.

1. Bg. Winckler erklärt, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung aufgrund der Finanzierungsmodalitäten abgewandelt sei, damit es keine Auswirkungen auf den städtischen Haushalt gebe und die Ko-Finanzierung zu gleichen Teilen erfolge.

StV Eisermann ergänzt, dass maximal 25.000 € eingeplant werden sollten.

Beschluss: Für flankierende tagesstrukturierende Maßnahmen zum Projekt MoSES werden im Haushalt 2018 zusätzlich maximal 25.000 € eingeplant. Diese Mittel werden mit einem Sperrvermerk versehen, der aufgehoben wird, wenn eine ergänzende Finanzierung durch den Kreis und/oder das Jobcenter zu gleichen Teilen erfolgt.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

Die SPD-Fraktion beantragt folgende **Anweisung an den Aufsichtsrat der EUGEBAU zur Steigerung der Bautätigkeit:** Die EUGEBAU hat in der Zeit von 2018 bis 2022 überwiegend öffentlich geförderten Wohnungsbau zu betreiben. Eine Quote von 2:1 ist anzustreben. Grundlage für die Berechnung soll die Grundfläche sein. Maßgeblich sind die im Jahr eingereichten Bauanträge. Andere Projekte sind auf die Quote der nicht geförderten Flächen anzurechnen. Die Stadt Euskirchen als Gesellschafterin erwartet die Planung und Umsetzung von 50 geförderten Wohnungen pro Jahr.

StV Voussem merkt an, dass dies ein Eingriff in die Geschäftstätigkeit der EUGEBAU sei, der sicherlich in den entsprechenden Gremien nochmal diskutiert werden könne. Planwirtschaftliche Vorgaben an die Geschäftsführung zu stellen sei zu weitreichend.

Beratungsergebnis: 18 Stimmen dafür, 28 dagegen, 0 Enthaltungen → **somit abgelehnt**

Die SPD-Fraktion beantragt die **Reduzierung der Ausschüttung der EUGEBAU auf 4% des Stammkapitals.**

StV Voussem spricht sich gegen diesen Antrag aus.

StV D. Kroll befürwortet den Antrag der SPD-Fraktion, da durch das dann eingesparte Geld neues Personal bei der EUGEBAU eingestellt werden könne.

Beratungsergebnis: 17 Stimmen dafür, 27 dagegen, 2 Enthaltungen → **somit abgelehnt**

Die SPD-Fraktion beantragt einen Haushaltsansatz von **50.000 € für die Erneuerung von Dorfgemeinschaftshäusern.**

BM Dr. Friedl weist darauf hin, dass eine Erneuerung von Dorfgemeinschaftshäusern nicht zu den Haushaltsberatungen gehöre, da dies den Wirtschaftsplan von ZIM betreffe.

StV Voussem stellt klar, dass die CDU-Fraktion an der Seite der Dorfgemeinschaftshäuser stehe, allerdings könne ohne ein vorliegendes Konzept kein Betrag in den Haushalt gestellt werden.

StV M. Höllmann sagt, dass wenn die Verwaltung Dorfgemeinschaftshäuser bei Bedarf aus anderen Haushaltsmitteln unterstütze, er den Antrag zurückziehe.

Die Fraktion Die Linke beantragt die **Erhöhung der Gewerbesteuer auf 495 Prozentpunkte.**

Beratungsergebnis: 2 Stimmen dafür, 44 dagegen, 0 Enthaltungen → **somit abgelehnt**

Beschluss:

Die einzelnen Antragspunkte werden wie im Sachverhalt dargestellt abgelehnt bzw. entsprechend der Beratungsergebnisse in den Ausschüssen beschlossen. Die Auswirkungen sind in den Stellenplan bzw. in den Haushalt 2018 zu übernehmen.

Beratungsergebnis: